

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

29. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf., ohne Beleggeld

Köln, den 13. Mai 1933

Erscheint vierzehntägig Samstags
Eingangsnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 10

An die Mitglieder des Graphischen Zentralverbandes

Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Gleichschaltung hat sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften am 2. Mai 1933 der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellt. Um die geeinte Arbeiterschaft im Interesse des Gesamtvolkes zu schaffen, erfolgte die Unterstellung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der ihm angeschlossenen Verbände. Daß dieser Akt für uns schmerzhaft war und ist, braucht nicht betont zu werden, und wir sind auch davon überzeugt, daß die Leitung des Aktionskomitees uns nicht achten würde, wenn wir leichten Herzens, also ohne gewissenhafte Überlegungen und ohne heißes Ringen um die bessere Einsicht, zugestimmt hätten. Maßgebend für uns ist aber und muß auch in Zukunft bleiben: das Interesse der Gesamtheit und die bestmögliche Wahrung der Arbeiterinteressen. Auch alle anderen nichtmarxistischen Gewerkschaften sind diesem Vorgehen gefolgt. Die „freien“ Gewerkschaften wurden bereits am 2. Mai schlagartig in allen ihren Gliederungen dem Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit zwangsweise unterworfen.

Damit ist der erste Schritt zur deutschen Einheitsgewerkschaft getan, die sich auf berufsständischer Grundlage in eine Arbeiter- und Angestelltenräte gliedern soll. Von maßgebender Seite wird ausdrücklich erklärt, daß alles Gute, was in den Gewerkschaften steckt, aufrechterhalten wird. Vor allen Dingen sollen die in jahrzehntelanger Beitragsleistung erworbenen Rechte sichergestellt werden.

Die Voraussetzungen, unter denen die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, bestehen heute nicht mehr. Es gibt in Zukunft keine freien Gewerkschaften mehr, die in enger Verbindung mit dem politischen und weltanschaulichen Sozialismus der früheren sozialdemokratischen Partei auftraten. Die Gründe, die für eine Aufrechterhaltung mehrerer Gewerkschaftsrichtungen bisher bestanden, sind durch die geschaffenen Tatsachen weithin in Wegfall gekommen. Aus all diesen Gründen wird es unter der Leitung des vom Reichskanzler Adolf Hitler bestellten Aktionskomitees zur Bildung einer einheitlichen Arbeitsfront (Einheitsgewerkschaft) auf wahrhaft deutscher und nationaler Grundlage kommen. Die zukünftige Gewerkschaftsbewegung wird auf die ihr zugehörigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben beschränkt.

Der Graphische Zentralverband wurde vor 29 Jahren ins Leben gerufen zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen auf der Grundlage christlich-nationaler Weltanschauung, weil die freien Gewerkschaften ideenmäßig mit dem Marxismus verbunden waren. Schon bei der Gründung unserer Organisation waren die „freien“ Gewerkschaften unserer Berufsgruppe bereits so stark, daß beispielsweise für Chemigraphen, Licht- und Kupferdrucker ein Monopolltarif zugunsten des freigewerkschaftlichen Verbandes der Lithographen und Steindrucker bestand. Nicht nur die freien Gewerkschaften der graphischen und papierverarbeitenden Berufe, sondern die gesamten sozialdemokratischen Gewerkschaften kämpften in Verbindung mit der sozialdemokratischen Presse gegen uns mit dem Ziele, uns von jeder tarifvertraglichen Bindung abzuschneiden. Viele unserer Mitglieder wurden in den Betrieben verfolgt und gehaßt, und nicht selten außer Lohn und Brot gebracht. Trotz allem blieben wir unserer Überzeugung treu und erzwangen uns die Anerkennung auf allen Gebieten. Lediglich in Lithographie, Steindruck sowie Chemigraphie vermochte man uns von der reichstatariflichen Regelung auf Grund unserer beschränkten Mitgliederzahl in diesen Branchen durch den sozialdemokratischen Druck fernzuhalten. Wenn wir auch durch das Vorgehen der starken Gegner im sozialdemokratischen Lager nicht alle christlich und national gesinnten Berufszugehörige sammeln konnten, so steht doch einwandfrei fest, daß unsere Organisation auf dem Gebiete des

Tarifwesens den Gegnern ebenbürtig zur Seite stand und im Unterföhrungswesen die letzteren vielfach zu überbieten imstande war. Durch die Herausgabe von Fachbeilagen, die Durchführung von Unterrichtskursen, Gründung von Fachabteilungen, pflegte unsere Organisation in ausgedehntem Maße die berufliche Fortbildung für vorwärtsstrebende Gewerksangehörige.

Wir haben nicht ohne Erfolg gearbeitet. Wenn wir heute vor einer anderen Entwicklung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung stehen, dann bekennen wir mit Stolz und mit Würde, daß es nicht zuletzt unsere Gedanken sein werden, die der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung Fundament und Ziel sein sollen. Christlich, national und sozial waren unsere Leitlinien. Sie werden nun auch in das Gedankengut der neuen großen Einheitsgewerkschaft der deutschen Arbeiter unter der Schirmherrschaft des Reichskanzlers Adolf Hitler übergehen und die deutsche Arbeiterschaft mit dem ganzen deutschen Volke hinführen zu einer wahren deutschen Volksgemeinschaft.

In Anerkennung unseres Kampfes gegen den Marxismus hat man davon Abstand genommen, gegen uns so vorzugehen, wie gegen die „freien“ Gewerkschaften. Es geschah dieses aber unter der Voraussetzung, daß sich die christlichen Gewerkschaften bedingungslos dem Führer Adolf Hitler und dem von ihm beauftragten Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellen. Bei den Verhandlungen mit dem Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit ist uns aber positiv erklärt worden, daß die Verbände zunächst so wie bisher weiterarbeiten sollen. Man legt Wert darauf, daß Störungen und Schädigungen der Mitglieder möglichst vermieden werden. Die Mitglieder sollen bis zur endgültigen Regelung in Treue bei ihren Verbänden bleiben. Die technischen Überlegungen werden sowieso längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Bildung der einheitlichen Arbeitsfront mit ihren technischen und organischen Umformungen geht nicht von heute auf morgen.

In diesen geschichtlichen Stunden für die Arbeiterschaft, für Volk und Vaterland, durchschreiten wir im Geiste noch einmal die denkwürdigen Etappen unseres Kampfes für die Würde der Arbeit, für die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes, für die gewerkschaftliche Ebenbürtigkeit. Immer fühlten wir uns als Teil des Volkes, als Glied der Nation. Stets wandten wir uns gegen den Klassenkampf, weil er trennt und nicht zusammenführt. Alle Kongresse und Tagungen der christlichen Gewerkschaften, alle Veranstaltungen des Graphischen Zentralverbandes, das ganze Schrifttum unserer Bewegung, alle Reden, die gehalten worden sind, zeugen dafür rein und wahr. Unsere Mission ist nicht erfüllt. Wir müssen auch im neuen Deutschland so handeln, wie wenn von unserm Tun allein das Schicksal der deutschen Dinge abhängt.

Das Scheiden vom Alten wird uns schwer. Wir gehen hinüber in ein Neues. Bis zur Überführung in das Neue gilt es, in der alten Form zusammenzubleiben. Die Verhältnisse bedingen, daß wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen. Unser Gewissen und unsere Verantwortung verpflichten uns zur ehrlichen und loyalen Mitarbeit im neuen Staat und an der zukünftigen berufsständischen Ordnung. Wenn auch die Form unserer Bewegung nicht erhalten bleibt, das in ihr lebende Ideengetriebe lebendig bleiben und in dem Neuen wirksam sein. Das ist es, worauf es besonders für uns ankommt, denn über allem steht uns das Volksganze, steht uns das Vaterland.

Köln, den 8. Mai 1933.

Hauptvorstand des Graphischen Zentralverbandes.
Ad. Hornbach, Verbandsvorsitzender.

Zur Vereinheitlichung des Gewerkschaftswesens

Nach der direkten Aktion gegen die „freie“ Gewerkschaftsbewegung ist es auch zur gegenseitigen Fühlungnahme und Verhandlungen zwischen Dr. Leo, dem Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, und der Führung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften gekommen. Ebenso wurde die Verbindung mit dem Gewerkschaftsring (Hirch-Duncker) und anderen Verbänden aufgenommen. In einer Verlautbarung des Aktionskomitees wird gesagt, daß sich diese Verbände der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des Komitees unterstellen. Für die neue Angestelltenräte wird der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband die Führung übernehmen.

Somit steht gegenwärtig die gesamte organisatorische Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung unter einem einheitlichen Willen. Das ist gegenüber dem früheren Zustand ein grundlegender Wandel. Er ist mit der Aufgabe der Selbständigkeit der einzelnen Richtungsgewerkschaften verknüpft. Diese Umformung ist ganz naturgemäß für viele unter uns äußerst schmerzhaft. Auch der Führung des Gesamtverbandes ist die Aufgabe der Selbständigkeit nicht leicht gefallen. Sie hat sich aber dem revolutionären Gang des Geschehens eingeordnet.

Ausdrücklich sei betont, daß der neue Zustand vorerst keine Auflösung der Verbände der christlichen Gewerkschaften bedeutet. Der Geschäftsgang in Ortsgruppen, Bezirken und Zentralen geht wie bisher weiter. Beitrags- und Unterstützungszahlungen nehmen ihren Fortgang. Es ist dies auch vom Aktionsauschuß ausdrücklich betont worden. Irgendwelche Verluste für die Mitglieder der Verbände treten durch die Umformung nicht ein. Weiter teilt der Leiter des Aktionsauschusses, Dr. Leo, mit, daß nach der erfolgten Einordnung auch die sachlichen und fachlichen Kräfte aus unseren Organisationen zur Mitarbeit herangezogen werden. Schon auf dem Mittwoch tagenden Arbeiterkongreß in Berlin wurde dieser Wille zum Ausdruck kommen. Es ist also Sache der Mitglieder, alles zu tun, um ihrer Rechte nicht verlustig zu gehen.

Verordnungen des Aktionskomitees.

Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Leo, hat folgende Anordnungen erlassen:

Anordnung 1.

Der Führer der Arbeiterverbände, Pg. Walter Schumann, M. d. R., übernimmt ab heute die gesamte Leitung des „Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände“, sowie kleinerer Verbände und hat von mir dementsprechende Vollmachten erhalten. — Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 2.

Den Schatzmeister der Arbeiterverbände, Pg. Paul Bringmann, und den Leiter der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.“, Pg. Karl Müller, beauftrage ich hiermit, die Kassen- und Finanzangelegenheiten des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände“, „Gewerkschaftsbundes der Angestellten“, sowie kleinerer Verbände in die Hand zu nehmen, zu beaufsichtigen und zu kontrollieren, und erteile beiden dazu alle nötigen Vollmachten. — Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 3.

Für die Erledigung aller organisatorischen Fragen des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes“, „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, „Gewerkschaftsringes Deutscher Angestellten-,

Arbeiter- und Beamtenverbände", „Gewerkschaftsbundes der Angestellten" sowie kleinerer Verbände ernennen ich den Organisationsleiter des „Aktions-Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit", Pg. Reinhold Muchow, und beauftrage ihn gleichzeitig, mit der Ausarbeitung und Vorbereitung des neuen Organisationsaufbaus der beiden Einheitsverbände der Arbeiter und Angestellten zu beginnen. — Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 4.

Die Leitung der gesamten Gewerkschaftspresse des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", „Allgemeinen Freien Angestelltenbundes", „Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands", „Gewerkschaftsring Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände", „Gewerkschaftsbund der Angestellten" sowie kleinerer Verbände übernimmt der Presse- und Propagandaleiter des „Aktions-Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit", Pg. Hans Wallas. — Diese Anordnung tritt sofort mit dem Augenblick ihrer Verkündung in Kraft.

Anordnung 5.

Wie mir gemeldet wurde, bedürfen einige unerantwortliche Elemente im Arbeitgeberlager die gewalttätige Einheitsaktion in der Arbeiter- und Angestelltenchaft, um zu Tarifkündigungen zu schreiten und damit ihrer Profitgier zu dienen.

Ich warne und erkläre, daß bis zur endgültigen Formierung der deutschen Arbeitsfront alle Tarifverträge unbedingt innewahlfen sind und bitte die verantwortlichen Leitungen der NSBO, in den Betrieben, im Wiederholungsfall mir unverzüglich an die Zentralstelle, Berlin C, Inselstraße 6, Mitteilung zu machen.

Anordnung 6.

Nachdem der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund", „Allgemeine Freie Angestelltenbund", „Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands", „Gewerkschaftsring Deutscher Angestellten, Arbeiter- und Beamtenverbände", „Gewerkschaftsbund der Angestellten", sowie kleinere Verbände der Führung des „Aktions-Komitees zum Schutze der deutschen Arbeit" unterstellt sind, ordne ich an, daß Einzelverbände unterlegen allgemeiner Art, die Abschließung von Tarif- und Wirtschaftsverträgen usw. streng untersagt sind und fortan nur zentral vom Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit geführt werden.

Gewerkschaften und NSBO.

Zahlreiche Mitglieder haben sich in verständlicher Sorge um den künftigen Inhalt und die Gestaltung der Gewerkschaften um Aufklärung an uns gewandt. Mancherorts ist auch eine durchaus unangebrachte Zurückhaltung in der gewerkschaftlichen Betätigung zu verzeichnen. Stark dazu beigetragen haben Vorgänge in verschiedenen Betrieben, die von den führenden Männern des neuen Staates weder gebilligt noch gewollt werden. Zur Klärung der Sachlage tragen Äußerungen maßgeblicher Stellen wesentlich bei, die in den letzten Tagen durch die Tagespresse gehen und mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß auch heute die Gewerkschaften mit ihren sozialen Einrichtungen vom Staate nicht entbehrt werden können. In einem Auftrage, „Was will die NSBO", der Kreisleitung Emden-Stadt wird u. a. gesagt:

„Die NSBO ist keine Gewerkschaft, noch nicht einmal ein gewerkschaftsähnliches Gebilde, sondern sie war und ist die politische Kampfform der NSDAP. in den Betrieben, um Adolf Hitlers Idee zu verbreiten, den Betriebsmarxismus zu zerschlagen, und brauchbare deutsche Arbeiterelemente für den nationalen Sozialismus zu gewinnen. Die NSBO ist keine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne der Gesetzesbestimmungen, kein Unterstützungsverein mit Satzungen und dergleichen mehr. Die Zielsetzung der NSBO ist eine ausgesprochen politische, sie kämpft genau wie die NSDAP. in ihrer Gesamtheit für eine wirkliche soziale Besserstellung des deutschen Arbeiters.

Wir verlangen von dem zu uns kommenden organisierten Arbeiter und Angestellten nicht, daß er sein Verbandsbuch vernichtet und aus seiner ganz gleich wie benannten Gewerkschaft austritt und damit langjähriger, schwer verbienter Anrechte und materiellen Vorteile verlustig geht. Ein solches Verlangen wäre unmenslich und unverständlich. Wir fordern aber von jedem anständigen deutschen Arbeiter, der sich von dem guten Willen unserer nationalsozialistischen Bewegung überzeugt hat bzw. überzeugen will, außer seiner Gewerkschaft auch der NSBO beizutreten, um seinen aufrichtigen Willen am Wiederaufbau der deutschen Nation und damit an seinem eigenen Schicksal zu bekunden. Der kleine

finanzielle Mehraufwand ist bei ideeller Bewertung wohl aufzubringen. Selbstverständlich kann auch jeder Unorganisierte Mitglied der NSBO werden. Die Mitgliedschaft zur Zellenorganisation erfordert nicht die Mitgliedschaft der Partei."

Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der absoluten Zentralisierung aller Gewerkschaftsrichtungen und dem voraussetzlichen Organisationszwang für alle Arbeitnehmer wird dann weiter gesagt:

„Dem Arbeiter der Stirn und Faust machen wir immer wieder begreiflich, daß jede gewerkschaftliche Zersplitterung ihm nur zum Schaden gereicht. Wollen die Arbeitnehmer gegenüber einem in vielen Fällen noch immer nicht verfehlenden Unternehmertum ihre primitivsten sozialen Forderungen mit Erfolg durchsetzen, so ist die organisatorische Geschlossenheit der gesamten Arbeitnehmerchaft erforderlich. Unter

diesem Gesichtspunkt erkennen wir auch die Berechtigung des wirtschaftlichen Streiks voll an und zählen unseren Mitgliedern erhebliche Streikunterstützungen, allerdings lehnen wir den politischen Streik als Mittel zu irgendwelchen unkontrollierbaren Zwecken grundsätzlich ab."

In diesem Aufruf wird ebenso wie in zahlreichen anderen maßgebenden Stimmen der grundsätzliche Unterschied zwischen unseren gewerkschaftlichen Aufgaben und denen der NSBO, deutlich und klar erkennbar herausgestellt. In Verbindung mit dem Aufruf unseres Verbandsvorstandes betonten Tatsachen ist die Sicht auf den künftigen Weg für jedes Mitglied wieder klar. Die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses besteht vor wie nach weiter und wird nicht erstet durch den Beitritt zur NSBO. Wer sich also nicht selbst schädigen will, sichert sich die so mühsam erworbenen Rechte in seinem Berufsverband durch pünktliche Beitragsleistung.

Nach dem 1. Mai

Die Entwicklung im neuen Deutschland drängt zum berufsständischen Staate. Die Arbeit soll nach dem Willen der Regierung der Mittelpunkt allen Geschehens sein. Wert und Adel der Arbeit soll ihre Anerkennung finden als wichtigster Wesensbestandteil im nationalen Aufbau, dem jeder deutsche Staatsbürger seine Achtung zu erweisen hat. Sichtbaren Ausdruck fand dies Wollen in den gewaltigen Massenkundgebungen am 1. Mai, des ersten Feiertages der nationalen Arbeit. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat sich an diesen Kundgebungen in würdiger Form beteiligt.

Wenn es auch dem Wesen des christlichen Gewerkschafters an sich widerstrebt, seine Ziele und Wünsche auf die Straße zu tragen, an diesem Feiertage war er mit ganzem, freudigem Herzen dabei. Galt es doch, für das mit brennendem Verlangen seit Jahrzehnten von uns erkämpfte Ziel in aller Öffentlichkeit zu demonstrieren: Achtung vor dem deutschen Arbeiter, Anerkennung des arbeitenden Menschen als gleichwertiger deutscher Staatsbürger zu erreichen.

Jedes Staatswesen ist undenkbar ohne die Arbeit. Bisher blieb aber der Arbeit die Anerkennung als Grundlage des Staates verlag. Weiteste Volkskreise haben von oben auf die Arbeit, und vor allem auf die Arbeiterschaft herab. Man dünkte sich über den handarbeitenden Menschen erhaben und stempelte in dieser Mißachtung die Arbeit zu etwas Minderwertigem. Gegen diesen der Arbeiterschaft angehefteten Machel, für die Befestigung dieses unwürdigen Zustandes, haben wir in den christlich-nationalen Gewerkschaften jederzeit mit aller Zähigkeit gekämpft. Die ganze Arbeit und Schaltung in unsern Graphischen Zentralverbände war ebenfalls der Standwerdung, der Anerkennung des deutschen Arbeiters gewidmet. Daher auch vor allem die mit Erfolg fortgesetzten Bestrebungen unseres Verbandes, der sachlichen und beruflichen Weiterbildung unserer Mitglieder zu dienen.

Der Berufsstand ist uns so kein neuer, fremder Begriff, sondern etwas, das wir stets erstrebt und bejaht haben. Ein Ziel, um dessen endliche Erfüllung wir in Orts- und Jugendgruppen gerungen haben. Heute steht die Arbeit im Brennpunkt des neuen deutschen Staates. „Achte den Arbeiter, so ehrt Du dein Volk", so war es tausendfach am Feiertage der deutschen Arbeit zu lesen, gleichsam als Grundgedanke der veränderten Stellung der Arbeit im Staate. An der Festigung dieser Stellung, an ihrer Verankerung in den Fundamenten der Nation müssen alle mitwirken. Die Zeit des Abwartens, des teilnahmslosen Zusehens ist vorbei. Das gilt im besonderen für die Arbeiterschaft selbst.

Deshalb unser Ruf an alle Berufszugehörigen, an alle Kolleginnen und Kollegen: Halte eurem Berufsverband die Treue. Ihr kennt die Wirksamkeit, ihr kennt das ehrliche Wollen und Streben unseres Graphischen Zentralverbandes. Auch jetzt, wo wir vor dem Werden der großen, einheitlichen deutschen

Arbeitergewerkschaft stehen, besteht vor wie nach die Pflicht, alle noch nicht organisierten, christlich und national eingestellten Berufszugehörigen unsern Verbände zuzuführen. Der freiwillige Anschluß ist auf jeden Fall einem voraussetzlichen kommenden staatlichen Zwange vorzuziehen. Das soll zwar ebenso wenig ausschlaggebender Grund für einen restlosen gewerkschaftlichen Zusammenschluß sein, wie die Teilnahme an unsern sehr gut ausgebauten Unterstützungsrichtungen. So sehr dadurch manch drückende Sorge des grauen Alltags gemildert wird, so sehr der materielle Nutzen dieser sozialen Leistungen des Verbandes ins Gewicht fällt — wichtiger und vordringlicher ist das freie und freiwillige Bekenntnis des einzelnen zur Solidarität im Berufsstand.

Die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen werden nunmehr in eine einheitliche deutsche Gewerkschaft zusammengeführt. Die berufliche Arbeit, der Beruf selbst, ist die Grundlage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Die bisher erworbenen Rechte bleiben gesichert, wenn die Mitgliedschaft nicht unterbrochen wurde. Nach den offenen Bekundungen von Führern der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation denken diese nicht daran, die NSBO, an die Stelle unserer Gewerkschaften zu setzen. Die Aufgaben der NSBO sind anderer Natur, sie dienen der politischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit in den Betrieben. Den Gewerkschaften bleibt die Erfüllung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nach wie vor überlassen. Es darf auch niemand sich in dem Glauben wiegen, er würde Vorteile daraus ziehen, wenn er mit der Entscheidung über seine Gewerkschaftszugehörigkeit solange wartet, bis er durch staatlichen Zwang zur Erfüllung dieser staatsbürgerlichen Pflicht aufgerufen wird. Die Männer der neuen Regierung haben noch nie Zweifel darüber gelassen, daß derjenige wenig Achtung zu erwarten hat, der erst durch Zwangsmaßnahmen an seine selbstverständlichen Pflichten gemahnt werden muß.

Der christliche Gewerkschafter hat immer und jederzeit seine Pflichten erfüllt. Wenn in den vergangenen Wochen durch die ungeklärten Verhältnisse und in Folge der zahlreichen, oft falsch verstandenen oder unrichtig wiedergegebenen Nachrichten über den gewerkschaftlichen Neubau da und dort Verwirrung angerichtet wurde, so ist dies menschlich verständlich. Es ist aber nicht zu spät, etwa begangene Fehler wieder gut zu machen. Darum, Kolleginnen und Kollegen, steht mit Vertrauen zu eurer Berufsorganisation, sorgt dafür, daß eure Anrechte in unsern Verbände durch lückenlose Beitragsleistung gesichert bleiben. Soweit noch Unorganisierte in den Betrieben stehen, holt sie ran und tragt so mit dazu bei, daß ein geschlossener Berufsstand die Interessen unserer Berufszugehörigen vertritt. Die Lösung muß sein:

Herein in den Graphischen Zentralverband!

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Die Neuregelung des Arbeitsdienstes. Wie das WZ-Magazin meldet, werden vom Reichskommissar für den Arbeitsdienst gegenwärtig alle Vorbereitungen für die bevorstehende Einführung der Arbeitsdienstpflicht getroffen. Zu diesen Vorbereitungen gehört u. a. auch die Schaffung eines „Wirtschaftsamtes für den Arbeitsdienst", das als Abteilung des Reichskommissariats entstehen soll und das u. a. die Ausrüstung, Bekleidung, Schaffung von Unterküften, Verpflegung usw. für die Arbeitsdienstpflichtigen zu regeln haben wird.

Der Staatssekretär für den Arbeitsdienst, Oberst Hiert, hat einem Vertreter der „Kreuz-Zeitung" über den geplanten Umbau des freiwilligen Arbeitsdienstes

zur Arbeitsdienstpflicht einige grundsätzliche Mittelungen gemacht.

Danach soll der freiwillige Arbeitsdienst nach bisheriger Methode ab 1. Oktober 1933 durch einen staatlichen Arbeitsdienst abgelöst werden, der zunächst ebenfalls noch freiwillig ist und ein Arbeitsheer von 120 000 Mann umfassen soll. Die Arbeitsdienstpflicht soll mit dem 1. Januar 1934 einsehen, und zwar soll dann der Jahrgang herangezogen werden, der im Jahre 1934 das 19. Lebensjahr beendet. Da es nicht möglich sein wird, den ganzen Jahrgang auf einmal einzuziehen, wird man je die Hälfte des Jahrganges auf ein halbes Jahr zum Dienst heranziehen. Dieses Arbeitsdienstheer wird voraussichtlich 350 000 Mann umfassen. In den folgenden Jahren sollen die ganzen Jahrgänge geschlossen für ein ganzes Jahr eingezogen werden. Die Führer des Arbeitsdienstes sollen nach Möglichkeit zunächst aus den Reihen der bisherigen Lagerführer entnommen werden.

Arbeiten für die Beschäftigung der Arbeitsdienstpflichtigen werden, wie Staatssekretär Hiert mittelst, in ausreichender Menge vorhanden sein. Allein für Bodenverbesserungsarbeiten können auf mindestens 10 Jahre 8 bis 9 Millionen Mann eingesetzt werden. Auch bei den Arbeitsbeschaffungsplänen der Reichsregierung ist die Heranziehung der Arbeitsdienstwilligen in Aussicht genommen.

Staatssekretär Hiert betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß es unbedingt notwendig sei, daß nunmehr eine amtliche Stelle geschaffen wird, die die gesamte Arbeitsbeschaffung für den staatlichen Arbeitsdienst einheitlich in die Hand nimmt. Finanzielle Schwierigkeiten dürften kein Hindernis für die Durchführung staatspolitisch notwendiger Aufgaben bilden.

Unsichtbare Arbeitslosigkeit wird sichtbar. Zur Lage des Arbeitsmarktes wird im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung geschrieben: Die Saisonbelegung der Wirtschaft ist gegenwärtig in vollem Gang. Die Zahl der Arbeitslosen, die von den Arbeitsämtern registriert wird, zeigt für die zurückliegenden Monate, daß sich in diesem Jahre der Arbeitsmarkt rascher und stärker beleben konnte als in den vorausgegangenen Jahren. Die Arbeitslosigkeit hat in diesem Jahre den winterlichen Höhepunkt bereits in der zweiten Februarhälfte, also früher als in den letzten Jahren, überschritten; 1932 hatte sie erst einen ganzen Monat später zu sinken begonnen. Wichtiger ist noch, daß die Entlastung in diesem Jahr ihrem Umfang nach bedeutend größer war: Von Mitte Februar bis Mitte April hat die Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern um rund 518 000 gegenüber 1932 im Vorjahr abgenommen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in diesem Frühjahr ist nur so zu erklären, daß sich zu den saisonmäßigen Auftriebskräften eine konjunkturelle Entlastung des Arbeitsmarktes gesellt hat. Diese Tendenz konjunkturell sinkender Arbeitslosigkeit hat im August vorigen Jahres eingesetzt, sie war im Winter unterbrochen oder verlangsamt worden und scheint sich nun wieder stärker durchzusetzen. Die augenblickliche Lage unterscheidet sich somit grundsätzlich von der Situation in der gleichen Jahreszeit in den vorausgegangenen Jahren. Betrachtet man Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im einzelnen, so kann man feststellen, daß einmal in allen Saisonperioden die Belegung in diesem Jahr erheblich stärker gewesen ist als durchschnittlich in den letzten Jahren, und daß andererseits gleichzeitig auch noch in den Gebieten, in denen die Saisonbewegungen keine Rolle spielen, die Beschäftigung zunimmt.

Die verhältnismäßig günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeitslosigkeit noch immer sehr groß ist. Am Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, Mitte Februar 1932, haben die Arbeitsämter 6 047 300 Arbeitslose gezählt. In der Zwischenzeit ist zwar diese Zahl auf 5 580 000 gesunken; indes muß man sich vergegenwärtigen, was diese Zahlen bedeuten: 5 1/2 Millionen Arbeitslose sind etwas mehr als der vierte Teil des Gesamtbestandes an Arbeitskräften, aber den die deutsche Wirtschaft verfügt. Es handelt sich hier jedoch nur um die Zahlen der Arbeitslosen, die sich bei den Arbeitsämtern melden. Außer diesen sind im Verlauf des Konjunkturrückganges noch eine Reihe von Arbeitskräften aus dem regulären Produktionsprozeß ausgeschieden, die von den Arbeitsämtern nicht erfaßt werden. Genaueres über das soziale Schicksal dieser Arbeitskräfte wissen wir nicht. Jedenfalls steht fest, daß der Aufschwung außer den Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern und den neu hinzukommenden jungen Altersklassen noch diese „stille Reserve des Arbeitsmarktes“ wird aufnehmen müssen, die sich augenblicklich sicher in der Größenordnung von zwei Millionen halten dürfte.

Nach der Krankenkassenstatistik betrug die Zahl der Beschäftigten Ende Januar d. J. 11 487 000, Ende März 12 193 000, was also einem Zuwachs um 706 000 entspricht. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat aber in der gleichen Zeit nur um 415 100 auf 5 588 500 abgenommen. Dieser Unterschied ist in der Hauptsache so zu erklären, daß sich gleichzeitig mit der Zunahme der Beschäftigung bisher nicht gemeldete Arbeitslose nun bei den Arbeitsämtern haben eintragen lassen, da sie wieder hoffen, Arbeit zu bekommen. Das dürfte wohl auch einer der Gründe dafür sein, weshalb in der ersten Aprilhälfte die Abnahme der Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern verhältnismäßig gering war. Mit anderen Worten: in den letzten Wochen und Monaten hat sich die unsichtbare Arbeitslosigkeit in sichtbare verwandelt.

Festverbilligungsheime. Durch die behördlichen Maßnahmen zur Neuordnung der Festwirtschaft im Interesse des Bauernstandes haben die Festpreise eine Erhöhung erfahren. Um den minderbemittelten Personenkreisen die verteuerten Wirkungen zu mildern, sind für diese besondere Verbilligungsmaßnahmen vorgesehen.

Aus Briefen unserer Invaliden

Wir setzen den auszugswerten Abdruck aus den täglich einlaufenden Briefen unserer Invaliden-Unterstützungsempfänger fort. Mit größerer Eindringlichkeit, als dies durch jede andere Erklärung möglich wäre, dürften diese Zeilen Nutzen und Wert der gewerkschaftlichen Selbsthilfe darstellen. Sorgen wir mit dafür, daß unsern Alten diese wohlverdiente Beihilfe erhalten bleibt, und sichern wir uns selbst in fester Treue zum Berufsverbande den eigenen Anspruch für die Zukunft.

Invalide Fr. in München:

„Es drängt mich, unsern Führern für die opferbereite Tätigkeit zu danken. So wie von Anfang an bis heute eine innige Verbundenheit unserer Führer mit den Mitgliedern bestand, möge es immer bleiben. Gott sei Dank kennt man bei uns kein Vongentum. Unsere Arbeiten und Opfer bei der Gründung des Verbandes waren nicht vergebens. — Heute bin ich alt und invalide und ernte mit von den Früchten unseres gemeinsamen Werkes. Wie wohlthuend es ist, wenn man beim Kassierer nur seinen Namen schreiben braucht und dafür seine monatliche Unterstützung erhält, kann nur der ermessen, der schon den Gang zum Wohlfahrtsamt antreten mußte. Und noch ein anderes: Ich kenne in München viele Kollegen, die früher im Verband waren. Auch solche, die einige Mark mehr verdienten und stolz sagten, ich brauche keinen Verband, und mich als dummen Menschen ansahen. Die haben es bitter bereut, daß sie dem Verband den Rücken kehrten. Arm und verlassen sind diese Brüder heute. Treffe ich einen solchen Treulosen, so sage ich: „Schau den damischen und dummen Schwarzgen, wie Du immer früher sagtest, der hat schon 200 RM Krankengeld vom Verband bezogen und jetzt bekommt er schon 1 1/2 Jahr die monatliche Rente.“ Darum, Kollegen, bleibt im Verband und werbt neue Mitglieder.“

Invalide K. S. in Soprau:

„Wenn ich nun auch schon ein alter, im Kampf ums Dasein ergrauter Mann geworden bin, so will ich es mir doch zur Ehre rechnen, meinem Verbands dank zu jollen, den er auch tatsächlich verdient. Durch meine Krankheit, durch mein Ausschneiden aus der Arbeit und dem damit verbundenen Fortfall des Verdienstes, stand ich ganz veränderten Lebensverhältnissen gegenüber, die gerade in bezug auf die wirtschaftliche Seite nicht so ohne weiteres zu meistern waren. Da war es auch wieder, wie so oft schon, der Verband, der mit dazu beitrug, daß ich die ersten Schwierigkeiten im Haushaltsetat leichter überwand, und der auch ein Scherlein dazu beitrug, Not und Kummer vorzubeugen.“

Es ist ja auch nicht nur der Betrag an sich, der mich erfreut, sondern auch das Gefühl, gezählt zu sein zu einer Schar Menschen, die ein Band eint, die gemeinsame Interessen pflegt und in kameradschaftlicher Treue auch an mich alten Veteranen der Arbeit sich erinnert, zu einer Stunde, da man Liebe und Zusammengehörigkeitsgefühl braucht, um sich nicht einsam und verlassen zu fühlen. Darum bin ich auch vor 12 Jahren in diesen Verband gegangen, darum auch habe ich unermüdlich meinen Teil beigetragen, um weitere Kollegen und Arbeitsbrüder zum Verband zu bekehren, weil ich den Unterschied sah zwischen denen, die als Einzelwesen im Strom der Arbeit hin- und herpendelten und nirgend Halt fanden, und denen, die in einem festgefügteten Bund der Arbeit — in einem Verband — froher und hoffnungsfreudiger in die Zukunft schauten. Darum auch, weil ich als ein Mensch, der sein Leben bald hinter sich hat, aus Erfahrung heraus weiß, daß, soll die Jugend in den Wirrnissen dieser Zeit nicht verzweifeln, sie einen Halt haben muß, und daß sie uns Alten nur dann glaubt und auf unsere Fingerzeige merkt, wenn wir ihnen mit gutem Beispiel vorangehen.“

Zwei invalide Kolleginnen aus Oßersdorf:

„Die Einrichtung der Invalidenrente ist den Frauen eine sehr große Erleichterung und unschätzbare Hilfe in der heutigen Zeit, und sie legen der jüngeren Generation ans Herz, treu zu unsern Verbänden zu halten.“

Nach vorläufigen Schätzungen wird die Verbilligung einen Personenkreis von 22 bis 25 Millionen umfassen. Bezugsberechtigt für die Verbilligungsheime sind die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge und ihre Zuschlagsempfänger sowie diejenigen Personen, die Kurzarbeiterunterstützung erhalten, weiterhin die von der öffentlichen Fürsorge laufend in offener Fürsorge als Hauptunterstützte und Zuschlagsempfänger unterstützten Personen, sowie die Empfänger von Zusatzrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz, deren Zuschlagsempfänger und die Besitzer von Elternbeihilfe, ebenso die Sozialrentner, ihre Ehefrauen und unterhaltungsberechtigten minderjährigen Kinder.

Der Reichsverbilligungschein wird von der Reichsregierung herausgegeben, und für die Empfänger von Arbeitslosen-, Krisen- und Kurzarbeiterunterstützung durch die Arbeitsämter, für alle übrigen Berechtigten durch die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge bzw. die Wohlfahrtsämter verausgabt.

Der Verbilligungschein berechtigt zum verbilligten Bezug von je 2 Pfund Speisefett im Monat und zwar Butter, Käse, Schmalz, Rohfett, Speck, Lalg, Speisefett, Margarine, Kunstspeisefett und gebärdetes Pflanzen- oder Tierfett. Die Verbilligung beträgt pro Pfund 25 Pf. Bei Abnahme von einem halben Pfund Käse oder Butter wird auch der auf ein Pfund lautende Abschnitt in Zahlung genommen, während bei den übrigen Fetten die Verbilligung auf weniger als ein Pfund nicht gewährt werden darf.

Die Abgabe der Verbilligungsheime erfolgt durch die für alle sonstigen Verbilligungsaktionen zuständigen Verkaufsstellen. Die Verbilligung tritt am 10. Mal in Kraft. Der genaue Tag der Ausgabe wird durch Bekanntmachung der Vertriebsstellen erfolgen. Für den Monat Mai können trotz der erst am 10. Mai beginnenden Verbilligung die vollen 2 Pfund Speisefett wie für die übrigen Monate bezogen werden.

Die gutgemeinten Verbilligungsmaßnahmen kommen an einen großen Personenkreis mit niedrigem Einkommen nicht heran. Man braucht nur an die unsichtbaren Arbeitslosen, an kinderreiche Arbeiterfamilien u. ä. zu denken. Eine Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten muß deshalb alsbald erwartet werden.

Fortführung des Jugendnotwerkes. Entsprechend einem Antrage des Reichsarbeitsministers vom 27. April d. J., die bisher ergangene Verfügung zum Abbau des Jugendnotwerkes rückgängig zu machen und erneut Mittel für die dringend notwendige Fortführung des Notwerkes zu bewilligen, hat der Reichsfinanzminister nunmehr in einem Erlaß die Fortführung des Jugendnotwerkes bis Ende Juni angeordnet und die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Allgemeine Kundschau

Franz Wieber †. Am 30. April 1933 verschied der Senior der christlichen Gewerkschaften, der älteste Verbandsvorsitzende der christlich-nationalen Berufsverbände und älteste aller deutschen aktiven Arbeiterführer, Franz Wieber (Duisburg), Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes. Ein Schlaganfall setzte einem talentreichen und erfolgreichsten Leben ein Ende. Noch vor wenigen Wochen würdigten wir die Lebensarbeit des Vereingten anläßlich der Vollendung seines 75. Lebensjahres. Der Rat des „Alten“ — seit Jahren sein Ehrentitel — wird in dem von ihm gegründeten Verband und in der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung gerade in den jetzigen Zeitaltern schwer vermisst werden. Franz Wieber war in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einer der christlichen Arbeiter, der in den „Zauberwänden“ — er in dem der Former — für die religiöse und parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften suchte, und der, als sozialistischer Nachtrausch und Unverständnis den Kampf ausschüttslos erscheinen ließ, jäh in die Gründung christlicher Gewerkschaften berangig. Der christliche Metallarbeiterverband nennt ihn ebenso stolz wie schlicht seinen Vater. In Duisburg, dem Eisenindustriestandort, stand 1899 die Wiege des Verbandes. Der unermüdliche Frontkämpfer war ein ebenso umsichtiger Führer. Die Jahre des nationalen Widerstandes im Krieg wie die Zeit der Ruhrbesetzung haben Wieber als weitschauenden Führer und konsequenten christlich-nationalen Volksmann. Bei großen Veranstaltungen, auf Kongressen, bei internen Tagungen, wurde Wiebers Wort, das einen starken Eigenwillen wiedergab, immer gern gehört.

Der „Alte“ ist tot, hinübergegangen zur ewigen Heimat. An seiner Totenbahre stehen nicht nur die christlichen Metallarbeiter, sondern die gesamte nationale Arbeitnehmererschaft. Denn dieser Mann hat uns allen ein wahrhaft christliches, nationales und soziales Leben vorgelebt und wird in unserem Gedächtnis stets als beispielgebender Führer weiterleben. In der Bewegung, auch in der neuen großen Arbeiterfront, wird man Franz Wieber nie vergessen. Der Herrgott lohne ihm die Treue und Liebe zu unserer großen und schönen Bewegung, der seine ganze Person gebient hat.

Deutscher Versicherungskonzern. Am 25. April d. J. tagten die Generalversammlungen der nachstehenden, zum Deutschen Versicherungskonzern (Berlin-Wilmersdorf 1, Hohenzollerndamm 174/177) gebürtigen Gesellschaften, um über die Jahresbilanzen zu beschließen.

Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1932 waren für beide Gesellschaften trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse wieder befriedigend.

Die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahre 1932 nach reichlichen Abschreibungen einen Reinerlöschuß von 404 347,30 RM. Die Drämenneinnahme (einschl. der Nebenleistungen und einmaligen Beitragsleistungen für übernommene Kassen) stellte sich im Berichtsjahre auf 10,24 Millionen RM, gegenüber 13,23 Millionen RM im Vorjahre. Dabei ist, abgeben von der durch die vorzeitige Aufgabe zahlreicher Versicherungen bewirkten Reduktion des Bestandes, noch zu berücksichtigen, daß für den Neuzugang an kleinen Sterbekassen- und Sterbegebührenversicherungen mit Wochenzahlung, die bei

